



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktion DIE LINKE

Die Bundeswehrstrukturreform für Sachsen-Anhalt nachhaltig entwickeln

Antrag Fraktionen CDU und SPD - Drs. 6/347

Der Landtag wolle beschließen:

Folgen der Bundeswehrstrukturreform für Sachsen-Anhalt kompensieren

Der Landtag von Sachsen-Anhalt nimmt zur Kenntnis, dass die von der CDU und FDP vorgesehene Bundeswehrreform eine Reduzierung der Truppenstärke und daraus resultierend der Standorte zur Folge hat.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass in dem Fall von Standortschließungen bzw. Truppenreduzierungen der Bund die strukturellen wirtschaftlichen und städtebaulichen Folgen kompensieren muss.

Den Kern des Katastrophenschutzes müssen zivile Institutionen und Organisationen bilden, die auch in Zukunft mit entsprechenden Ressourcen auszustatten sind. Die Bundeswehr soll in besonderen Katastrophenfällen zivile Kräfte unterstützen.

Begründung

Die zur Debatte stehende Reform der Bundeswehr sieht eine erhebliche Reduzierung vor. Diese Entwicklung ist nicht grundsätzlich zu kritisieren. Klar abzulehnen ist dagegen das Ziel, die Bundeswehr zu einer international agierenden Interventionsarmee umzubauen, die in permanenten Kriegseinsätzen angebliche deutsche Interessen im Ausland zu verteidigen hat. Deswegen ist die Forderung nach einer generellen Aufrechterhaltung aller Bundeswehrstandorte falsch, da vor allem der Truppenübungsplatz Colbitz-Letzlinger Heide ausdrücklich als Trainingszentrum für Kriegseinsätze im Ausland ausgebaut wurde.

Vielmehr ist es wichtig, eine grundlegende Konversionsstrategie des Bundes gemeinsam mit dem Land und den betroffenen Kommunen zu entwickeln, um den betroffenen Bundeswehrstandorten eine Perspektive zu geben.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 07.09.2011)